



Presseschau vom 20.01.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends:

Dan-news.info: Bewaffnete Formationen der Ukraine haben heute Abend das Dorf Spartak beschossen, das in der Nähe des Donezker Flughafens liegt. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Um 20:20 haben ukrainische Truppen das Feuer auf das Dorf Spartak eröffnet. Der Beschuss dauerte bis 21:00 Uhr“, sagte er.

Nach Angaben der Quelle schoss der Gegner von den Positionen im benachbarten besetzten Opytnoje unter Verwendung von Panzertechnik und Schusswaffen.

Vormittags:

De.sputniknews.com: Raumfahrt muss sparen: Russland verschiebt ersten bemannten Mondflug

Wegen der Wirtschaftskrise muss Russland nun seinen ersten bemannten Mondflug vom neuen Weltraumbahnhof Wostotschnyj fünf Jahre später realisieren, als es zuvor geplant wurde.

Eine neue superschwere Trägerrakete sollte ursprünglich schon 2030 erstmals einen Kosmonauten zum Mond bringen. Wie die russische Weltraumfahrtbehörde Roskosmos am Mittwoch mitteilte, wird der Mondflug jedoch auf 2035 verschoben. Grund seien Budgetkürzungen. Statt zwei Billionen Rubel (umgerechnet rund 25 Milliarden Euro) können laut dem nationalen Raumfahrtprogramm für die Jahre 2016 bis 2015 nur 1,4 Billionen (rund 17,5 Milliarden Euro) zur Verfügung gestellt werden.

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben in der letzten Nacht den Umkreis von gleichzeitig drei Ortschaften im Süden der DVR beschossen – das Dorf Sachanka, Schirokino und Kominternowo. Dies teilte heute der Leiter des Nowoasowskij-Bezirks Oleg Morgun mit.

„Die ukrainische Armee hat Schirokino, Sachanka und Kominternowo beschossen – es gab Treffer in den Vororten, Feldern, sie haben auf die Außenbezirke gefeuert. Nicht Ernsthaftes, Gott sei Dank.“

Morgun fügte hinzu, dass es keine Zerstörungen an Wohnhäusern gibt, Tote und Verletzte unter der Zivilbevölkerung wurden auch nicht festgestellt.

De.sputniknews.com: Soziale Konflikte: Russland will vorbeugende Maßnahmen verstärken
Die russische Regierung will zusätzliche Maßnahmen zur Verhinderung sozialer und interkultureller Konflikte ergreifen. Das geht aus der neuen Fassung der Nationalen Sicherheitsstrategie hervor, die Präsident Wladimir Putin Ende vergangenen Jahres abgesegnet hat.

Vorgesehen sei, „zusätzliche Mechanismen zur Verhinderung und Neutralisierung von sozialen und zwischennationalen Konflikten“ ins Leben zu rufen, bestätigte Alexander Grebenkin vom russischen Sicherheitsrat am Mittwoch. Zudem sollen ihm zufolge Anti-Terror-Maßnahmen verstärkt werden, um die Bürger besser gegen Angriffe zu schützen.

Dan-news.info: Ukrainische bewaffnete Formationen haben am Morgen etwa 120 Granatgeschosse auf Kominternowo im Süden des Donbass abgeschossen. Dies teilte heute der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin mit.

„Die ukrainischen Truppen haben gegen 8:50 Uhr das Feuer mit Granatwerfern des Kalibers 82 und 120mm sowie mit Panzertechnik auf Kominternowo eröffnet. Derzeit ist bekannt, dass von der ukrainischen Seite etwa 120 Granatgeschosse abgeschossen wurden. Der Beschuss dauert an“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass der Gegner von den Positionen in Wodjanoje schießt.

Ukrinform.ua: Geraschtschenko nennt Bedingungen für Wahlen im Donbass

Die ukrainische Seite wird den Wahlen im besetzten Donbass nur bei der Erfüllung einer Reihe von wichtigen Voraussetzungen zustimmen.

Das erklärte auf dem TV-Kanal „5 Kanal“ Iryna Geraschtschenko, Bevollmächtigte des Präsidenten der Ukraine für die friedliche Beilegung der Situation in den Gebieten Donezk und Luhansk.

„Die ukrainische Seite nimmt die Position ein, dass die Wahlen in den besetzten Gebieten unter Berücksichtigung wichtiger Voraussetzungen stattfinden sollen. Das sind der Anschluss ukrainischer Medien, Abrüstung, Abzug der Technik, Zugang der OSZE zu besetzten

Gebieten, und vor allem zur ukrainisch-russischen Grenze, wo die ukrainische Kontrolle wiederhergestellt werden muss, und der Abzug ausländischer Truppen“, sagte sie. Frau Geraschtchenko fügte auch hinzu, dass auch die Ergebnisse der Pseudowahlen annulliert werden müssen, die von Separatisten im November 2014 verkündet wurden.

De.sputniknews.com: Moskau rechnet Spione und Terroristen zu Hauptbedrohungen
Aktivitäten ausländischer Geheimdienste stellen nach Erkenntnissen des Moskauer Sicherheitsrats eine der größten Bedrohungen für Russland dar. Das Sicherheitsgremium will den Grenzschutz verstärken sowie gegen faschistische, extremistische und separatistische Propaganda im Netz vorgehen.

„Spionage und sonstige Aktivitäten ausländischer Geheimdienste und Organisationen sowie wie die Tätigkeit terroristischer und extremistischer Organisationen, krimineller und radikaler Gruppen sind die größten Bedrohungen für die Sicherheit des Landes“, sagte Alexander Grebenkin, Assistent des Sicherheitsratssekretärs Nikolai Patruschew, am Mittwoch. Mit diesen Worten kommentierte er die neue Fassung der Nationalen Sicherheitsstrategie, die Präsident Wladimir Putin Ende vergangenen Jahres abgesegnet hatte.

Eine weitere Bedrohung sieht der Sicherheitsrat in der Verbreitung der „Ideologie von Faschismus, Extremismus, Terrorismus und Separatismus mithilfe von IT-Technologien und Telekommunikation“. Dadurch würden der Bürgerfrieden, die politische und soziale Stabilität gefährdet.

Die neue Sicherheitsstrategie sieht laut Grebenkin unter anderem eine Modernisierung der Grenzschutzanlagen vor. An den Grenzen sollen Hightech-Multifunktions-Systeme installiert werden, wie Grebenkin weiter sagte. Die Wirksamkeit des Grenzschutzes solle durch besseres Zusammenwirken zwischen einzelnen Behörden und durch eine engere Zusammenarbeit mit Kollegen aus anderen Staaten erhöht werden.

Lug-info.com: Um den Krankheitsstand mit Grippe und SARS zu senken, werden die Schulen und vorschulischen Einrichtungen in Kirowskoje bis zum 31. Januar geschlossen. Dies teilte die Abteilung für Pressearbeit und Innenpolitik der Stadtverwaltung mit. Das gleiche gilt auch für den Perewalskij-Bezirk und den Bezirk Swerdlowsk sowie für Altschewsk und Krasnyj Lutsch.

De.sputniknews.com: Schweinegrippe zurück in Russland - schon 27 Todesfälle
Die Schweinegrippe ist wieder in Russland aufgetaucht. Nach dem Stand vom Montag sind bereits 27 Fälle der Virusinfektion mit Todesfolge verzeichnet worden, hieß es im russischen Gesundheitsministerium.

Nach amtlichen Angaben hat sich die Influenza bereits in mehreren Regionen Russlands ausgebreitet.

Das Virus A (H1N1), das 1930 von Richard Shope am Rockefeller-Institut in Princeton (USA) entdeckt worden war, kann von Schweinen auch auf den Menschen übertragen werden. Die akute Infektionskrankheit war bereits 2009 und 2011 in Russland registriert worden.

Die Ansteckung erfolgt sowohl durch direkten Kontakt mit einem infizierten Organismus als auch durch Tröpfcheninfektion.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30723/12/307231275.jpg>

Lug-info.com: Arbeitsgruppen zur Erörterung von Änderungen in der neuen Steuergesetzgebung der Republik sind beim staatlichen Komitee für Steuern und Abgaben und bei der Gewerkschaftsföderation der LVR eingerichtet worden. Dies teilte der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation Oleg Akimow mit.

„Die Steuergesetzgebung der Republik fördert die Entwicklung von ehrlichen Geschäften. Die Regelungen, die Widerspruch bei Unternehmen hervorrufen, können erörtert werden. Mit diesem Ziel werden beim Steuerdienst und bei den Gewerkschaften Arbeitsgruppen eingerichtet. Zum konstruktiven Dialog sind alle bereit“, sagte er.

Nach den Worten Akimows haben die Vertreter des staatlichen Komitees, der Fachministerien und Behörden auf einer Sitzung des runden Tisches mit der Vereinigung der Arbeitgeber und Unternehmen sowie mit den Gewerkschaften mehr als 20 Vorschläge für Änderungen des Gesetzes „Über das Steuersystem“ diskutiert.

„Die Regierung ist an der Schaffung von Bedingungen zur Entwicklung legaler Geschäfte interessiert. Eine vernünftige gesetzliche Basis muss dies unterstützen. Deshalb haben am runden Tisch in dieser Arbeit alle interessierten Seiten teilgenommen: Vertreter der Regierung, der Wirtschaft, der Gewerkschaften. Ein Dialog und ein gegenseitiges Verständnis sind vorhanden“, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende.

De.sputniknews.com: Europarat ohne Russland: Moskau erteilte Absage selbst - Duma-Ausschusschef

Russlands Entscheidung, nicht an der Europarat-Tagung teilzunehmen, ist den Drohungen eines Ausschlusses seitens der europäischen Behörde zuvorgekommen, wie der Chef der russischen Delegation und Duma-Außenpolitiker Alexej Puschkow äußerte.

„Es war nicht die PACE, die sich für den Ausschluss von Russland entschieden hat, sondern Russland, das kein Mandat für den Europarat beantragte. Es war unser Entschluss, nicht der der PACE“, schrieb der Politiker auf seiner Twitter-Seite.

Ein Twitter-User kommentierte die Worte Puschkows wie folgt: „Pace benimmt sich wie die Ukraine – sobald man ihnen sagt, dass sie sich fernhalten sollen, tun sie so, als ob sie selber davonstolzieren“

Zuvor hatte die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung, Anne Brasseur, mitgeteilt, dass Russland bis Ende 2016 von der Teilnahme an der Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats ausgeschlossen bleibe. Dieser Entschluss hänge damit zusammen, so Brasseur, dass die russische Delegation sich geweigert habe, an der

Wintertagung teilzunehmen.

Früher hatte der Staatsduma-Chef Sergej Naryschkin mitgeteilt, dass die russische Delegation die Entscheidung getroffen habe, vorerst nicht an Tagungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates teilzunehmen. Laut dem Staatsduma-Chef wird Russland jedoch die Entwicklung der Situation aufmerksam verfolgen. „Wenn die Bedingungen für einen offenen und gleichberechtigten parlamentarischen Dialog wieder geschaffen werden, werden wir unsere Entscheidung ändern“, sagte Naryschkin.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Ukrainischer Schuldendialog mit Russland läuft über Deutschland – Finanzministerin

Die Ukraine befindet sich zu den drei Milliarden Schulden über das deutsche Bundesfinanzministerium im ständigen Dialog mit der Russland und vereinbart Treffen auf Ministerebene, teilt die Finanzministerin der Ukraine Natalia Jaresko am Rande des Davos-Forums RIA Novosti mit.

„Wir stehen im ständigen Dialog“, beantwortete sie die Frage, ob die ukrainische Seite plane, Russland zu Verhandlungen über die Schulden einzuladen. „Wir befinden uns im ständigen Dialog mit dem deutschen Finanzministerium und über das deutsche Finanzministerium – mit Russland.“

„Wir haben uns in Lima mit Ihrem Minister getroffen – das war der Anfang dieses Dialogs“, sagte sie und fügte hinzu, dass es auch ein Treffen mit dem deutschen Finanzminister gewesen sei. Die einzige persönliche Begegnung der Finanzminister Russlands und der Ukraine hatte am 10. Oktober 2015 in Lima (Peru) stattgefunden. Damals konnten sich die Minister nicht über die Restrukturierung der Verbindlichkeiten der Ukraine Russland gegenüber einigen, sie legten lediglich ihre Positionen dar.

„Wir setzen den Dialog über nächste Treffen fort. Leider konnte sich die russische Delegation hier (in Davos) nicht mit uns treffen, aber wir werden fortfahren“, sagte Jaresko. Ihren Worten ist zu entnehmen, dass sie die Möglichkeit eines Treffens in den nächsten Wochen positiv sieht.

Wie am Montag der Vizefinanzminister Russlands Sergej Stortschak verlauten ließ, warte Russland nach wie vor, wann die Ukraine den ersten Schritt zu einer vorgerichtlichen Regelung im Streit um die 3-Milliarden-Schulden Russland gegenüber tun werde, denn bisher seien keinerlei offiziellen Vorschläge unterbreitet worden...

Lug-info.com: Die Erklärung der Hauptkoordination für Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine, dass aus der LVR sechs Betriebe nach Russland gebracht wurden, ist eine Lüge. Dies erklärte der Industrieminister der LVR Dmitrij Boshitsch. Zuvor hatte die ukrainische Seite „Ukrinform“ einen Kommentar der Hauptkoordination für Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine veröffentlicht, dass in der LVR eine Demontage und Abtransport von Produktionskapazitäten von mindestens sechs Unternehmen nach Russland erfolgt, und zwar: Lugansker Maschinenbaufabrik Parchomenko, Maschinenbaufabrik – 100, ZKBM – Donezk, Fabrik für Bergbaurettungstechnik „Gorizont“, „Luganskteplowos“ (Lokomotiven) und „POLI-PAK“. „Das Industrieministerium der LVR erklärt offiziell, dass die veröffentlichte Information in der oben genannten Publikation ein weiterer Fake der ukrainischen Propaganda und ihrer

Komplizen aus der Hauptkoordination für Aufklärung ist“, erklärte Boshitsch.

„Die Produkte der oben aufgezählten Unternehmen benötigt nicht nur die Republik, sondern auch näher und weiter entfernt liegende Länder. Deshalb wird die Frage einer Ausfuhr von Ausrüstungen in andere Länder nicht einmal diskutiert“, fügte er hinzu.

Der Minister erinnerte daran, dass im Sommer 2015 der Volkssowjet das Gesetz „Über den Verbot der Ausfuhr von Produktionsausrüstungen aus der LVR“ angenommen hatte, durch das die Ausfuhr von Ausrüstung aus der LVR ohne spezielle Erlaubnis des Ministerrats untersagt ist.

„Der Ministerrat hat bei keinem der genannten Unternehmen seine Zustimmung gegeben und ohne Zustimmung der Regierung ist es nicht möglich, solche Aktivitäten wie die Ausfuhr von Ausrüstung durchzuführen“, unterstrich Boshitsch.

Er sagte, dass auf Initiative der Eigentümer eines Unternehmens ein Austausch mit Ausrüstung zum Zweck seiner Modernisierung und Verbesserung stattfinden kann, aber die Rede ist nicht von der Ausfuhr von Produktionskapazitäten.

„Die Kontrolle darüber ist streng, es kann keinerlei Ausfuhr geben“, versicherte Boshitsch. Nach den Worten des Ministers befinden sich die Produktionsbetriebe der Republik derzeit in einer nicht einfachen Situation aufgrund der ökonomischen Blockade Kiews. Außerdem wurde die Mehrheit der Produktionsobjekte der LVR zielgerichtet von Seiten der ukrainischen Truppen während der Kämpfe im Sommer 2014 beschossen.

„Allein auf das Territorium von „Lugansktepłowos“ fielen etwa 200 Geschosse“, teilte Boshitsch mit.

„Trotzdem tun die Führung der Republik, die Kollektive der Unternehmen alles ihnen Mögliche, um die Produktion wieder aufzubauen. Wenn im ersten Quartal 2105 40 Unternehmen produziert haben, so waren es im gesamten Jahr bereits 226“, sagte der Minister.

Er unterstrich, dass 2016 geplant ist, den Umfang der Produktion erheblich zu vergrößern und die Wiederaufnahme des Produktionsbetriebs in 30 bis 40 Unternehmen abzusichern.

„Wir empfehlen den „Schreiberlingen“ aus den ukrainischen Massenmedien, weniger auf Gerüchte zu hören und diese zu verbreiten, sondern sich mit der Beschreibung der armseligen Lage der Einwohner in den von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorien des Donbass zu befassen“, sagte Boshitsch.

De.sputniknews.com: Transit fällt unter Einfuhrblockade? Kiew stoppt LKWs aus Russland nach Moldau

Wegen des Embargos der Ukraine gegen Russland, das als Antwort auf die gegen Kiew verhängten Sanktionen von russischer Seite gilt, hat sich an der russisch-ukrainischen Grenze ein LKW-Stau gebildet: Zollbeamte verbieten nicht nur die Einfuhr russischer Waren, sondern den gesamten Transit schlechthin, wie das moldawische Portal Publika.md berichtet.

Laut dem Portal stauen sich am Grenzübergang Troebortnoe-Batschewsk hunderte LKW mit russischen Waren. Die Wagen säßen hier bereits seit ungefähr einer Woche fest, Essen und Benzin seien nun schon sehr knapp. Viele Fahrer befürchten, dass sie gezwungen würden, ihre LKW stehenzulassen und nach Hause zurückzukehren.

Anfang Januar 2016 hatten ukrainische Behörden ein Lebensmittelembargo gegen Russland verhängt. Der vorliegende Fall jedoch hat mit einem Transitverbot zu tun.

„Mit dem Einfuhrverbot haben sie anscheinend auch den Transit gleichgestellt. Das bedeutet, dass sie da keinen Unterschied sehen. Das ist auch der Punkt, welchen die ukrainische Regierung bislang noch nicht erklärt hat“, sagte der moldawische Transportminister Sergej Buketaru. Die Handlungen der Ukraine seien ein Verstoß gegen die Regeln des internationalen Güterverkehrs, fügte er hinzu.

Am Dienstag hatte der Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel der Ukraine, Aivaras Abromavičius, mitgeteilt, dass die Direktverluste der ukrainischen Produzenten durch das Lebensmittelembargo der Russischen Föderation gegenwärtig 98 Millionen US-Dollar betragen.

Russland hatte ab dem 1. Januar 2016 gegenüber der Ukraine als ein Land, das die Sanktionen gegen Russland unterstützt, ein Lebensmittelembargo verhängt. Unter dieses Verbot fallen Fleisch- und Wurstwaren, Fisch und Meeresprodukte, Gemüse, Obst und Molkereiprodukte. Kiew verlautete daraufhin, es erwäge die Möglichkeit, Russland wegen des Lebensmittelembargos bei der Welthandelsorganisation (WTO) zu verklagen. Inzwischen hat die Ukraine hinsichtlich mehrerer Waren sogenannte Spiegelsanktionen gegen Russland beschlossen und beabsichtigt, diese noch zu erweitern.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30723/44/307234408.jpg>

Lug-info.com: Die westlichen Sponsoren erweisen der Ukraine weiterhin Hilfe in Form von militärischer Ausrüstung und Ausbildung von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte. Dies erklärte heute der stellvertretende Leiter des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko....

Jaschtschenko erinnerte daran, dass am 18. Januar auf der Basis des 143. Zentrums für Entminung in Kamenez-Podolskoje Chmelnyzskaja-Oblast ein zweiteiliger Kurs zur Entminung unter Leitung von Militärinstructoren der Streitkräfte Kanadas stattfindet.

„Gleichzeitig hat eine Abteilung der Freiwilligentruppe „Rechter Sektor“ in Winniza eine Partie gepanzerter Fahrzeuge des Typs „Hammer“ mit Ausrüstung zur Installation großkalibriger Maschinengewehre und Antipanzerraketensysteme auf dem Dach erhalten. Im Zusammenhang damit, dass die Fahrzeuge nicht für die Verwendung im Winter ausgerüstet sind, sind sie zusätzlich mit Kunststoffraupenkettensystemen und Heizungsmodulen ausgerüstet worden“, unterstrich Jaschtschenko.

Nach seinen Worten informiert die Kiewer Regierung die Bevölkerung der Ukraine weiterhin fälschlich über angeblich vorbereitete Kämpfe an der Kontaktlinie.

„Gestern, am 19. Januar veröffentlichten und verbreiteten eine Reihe ukrainischer Massenmedien die Information, dass Soldaten der LVR den Befehl erhalten haben, den Kompaniestützpunkt „Fasad“ im Gebiet von Stschastje einzunehmen. Das Ziel der Einnahme sei die Kontrolle über eine Brücke. Im Zusammenhang damit haben Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte die zusätzliche Bewaffnung verdoppelt und die Verteidigung verstärkt sowie die Zahl der Soldaten vergrößert und zusätzliche Beobachtungsmittel erhalten“, sagte der stellvertretende Leiter des Stabs.

„Also ziehen wir daraus den Schluss, dass die militaristisch eingestellte Ukraine mit Unterstützung all ihrer Sponsoren nicht vorhat, den Konflikt im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen. Außerdem verzerrt Kiew unter Nutzung der kontrollierten Massenmedien die wirkliche Lage der Dinge an der Kontaktlinie und die Situation im Land im Ganzen und übt damit recht hohen informationspsychologischen Druck auf seine Bürger aus“, fügte er hinzu.

Insgesamt hat sich nach den Worten des stellvertretenden Leiters des Stabs „die Lage im Verantwortungsbereich der Volksmiliz in den letzten 24 Stunden nicht wesentlich verändert und kann wie zuvor als stabil angespannt charakterisiert werden“.

„Verletzungen des Regimes der Ruhe von Seiten der ukrainischen Straftruppen wurden in den letzten 24 Stunden nicht festgestellt“, sagte er.

„Die Abteilungen der Volksmiliz antworten ihrerseits nicht auf Provokationen und wir tun alles, damit die Minsker Vereinbarungen von beiden Seiten beachtet werden“, unterstrich Jaschtschenko.

De.sputniknews.com: Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum sind 70 Prozent der russischen Bürger bereit, nach den jüngsten Anschlägen in Frankreich, der Türkei und Ägypten aus Sicherheitsgründen auf Auslandsreisen zu verzichten.

7 Prozent der Befragten sind überzeugt, dass sich die Sicherheitslage im Ausland nicht geändert habe und es keinen Grund gebe, auf Auslandstourismus zu verzichten.

11 Prozent der Umfrageteilnehmer würden mehr aus finanziellen Gründen auf Auslandsreisen verzichten, 9 Prozent enthielten sich einer Antwort.

Insgesamt wurden vom Lewada-Zentrum 1.600 Menschen aus 137 Siedlungen in 48 Regionen Russlands befragt.

Dan-news.info: Die Epidemieschwelle bei SARS-Erkrankungen wurde in drei Städten der DVR erreicht – Donezk, Makejewka und Jenakiewo. Dies teilte heute der Pressedienst des Gesundheitsministeriums mit.

„Am Mittwoch, dem 20. Januar, ist die epidemiologische Situation bei SARS, darunter auch Grippe, angespannt geblieben. Wie zuvor gibt es eine schwierige Situation in den großen Städten: in Donezk, Makejewka, Jenakiewo. Die Zahl der täglich registrierten Erkrankungen verringert sich nicht und hat bereits die Epidemieschwelle erreicht“, heißt es beim Pressedienst.

Im Gesundheitsministerium wurde unterstrichen, dass ein hoher Stand von Erkrankungen auch in Dokutschajewsk, Sneshnoje, Shdanowka, Schtjorsk, Kirowskoje und in den Bezirken Amwrosiewka, Starobeschewo und Nowoasowsk festgestellt wird.

Die Zahl derjenigen, die an die medizinischen Einrichtungen mit Verdacht auf SARS und Grippe wenden „hat am Dienstag 3024 betragen (11 Prozent weniger als am Montag), darunter 1222 Kinder (13 Prozent weniger)“.

„Es wird eine Verringerung der Erkrankungen bei Kindern im Vergleich zum Beginn der Entwicklung des Krankheitsstands Anfang Januar beobachtet, als Kinder unter den Erkrankten die absolute Mehrheit waren“, erläuterte das Ministerium.

De.sputniknews.com: Russland positioniert sich gegen "künstlichen Nato-Beitritt" Montenegros

Russland tritt eindeutig gegen einen möglichen Beitritt Montenegros zur Nato auf, wie der russische Vize-Außenminister Alexej Meschkow bei seinem Treffen mit dem Präsidenten und Außenminister des Landes, Filip Vujanović und Igor Lukšić, mitteilte...

News-front.info: Gespenster vom SBU: Wohin verschwinden die festgenommenen «Terroristen» und die konfiszierten Waren?

Die toten Seelen: Deutsche Welle zweifelt an den Berichten des ukrainischen Sicherheitsdienstes SBU. In Odessa, Charkow und im Donbass, aber auch in Kiew und anderen ukrainischen Städten wurden Tausende Menschen willkürlich festgenommen und werden ohne gerichtliches Verfahren festgehalten.

Der ukrainische Sicherheitsdienst informiert regelmäßig über die Festnahmen von Terroristen, Saboteuren und Schmugglern. Die Informationen über die Verurteilungen fehlen aber. Deutsche Welle ist auf die Suche gegangen.

Das Ende des Jahres 2015 war sehr ertragreich für den ukrainischen Sicherheitsdienst SBU. Sonderoperationen in Krasnogorowka, Einsätze in Awdeewka seien durchgeführt worden und Hunderte von Menschen festgenommen. Es seien Schmuggelwaren beschlagnahmt und Waffenverstecke entdeckt worden. Die Mitarbeiter der SBU haben täglich über ihre Erfolge berichtet.

Von März 2014 bis Mitte Dezember 2015 habe die SBU rund 1300 Strafverfahren wegen Terrorismus, etwa 2000 wegen Gründung einer terroristischen Gruppe oder Organisation und rund 250 wegen Finanzierung des Terrorismus eingeleitet. Auf Anfrage der DW antwortete der SBU, es sei im Rahmen etwa 1000 Strafverfahren wegen Verbrechen gegen die nationale Sicherheit ermittelt worden. Dazu zählen „Anschlag auf die territoriale Unversehrtheit der Ukraine“, „versuchter Umsturz“, „Staatsverrat“ und andere Verbrechen. Der SBU teilte mit, dass 226 Personen für schuldig erklärt und verurteilt worden seien. Die Journalisten der DW konnten aber keine Informationen darüber bekommen, wann und wo die Gerichtsverhandlungen stattgefunden haben. Auf Anfrage der DW stellte die Staatliche Gerichtsverwaltung der Ukraine die Informationen für das Jahr 2015 und das erste Halbjahr des Jahres 2015 zur Verfügung. Diese Statistik wirft Zweifel an der Darstellung des SBU auf. Für Verbrechen gegen die nationale Sicherheit der Ukraine und wegen Terrorismus seien in diesem Zeitraum 93 Personen verurteilt, zwei von ihnen freigesprochen worden. Wurden die anderen 100 Urteile alle im ersten Halbjahr 2015 gefällt?

DW hat auch die Einträge in das staatliche Gerichtsregister analysiert, in dem alle Gerichtsentscheidungen öffentlich gemacht werden müssen. Für das Jahr 2015 gibt es nur eine Gerichtsentscheidung, laut der eine Person wegen Beihilfe zum Terrorismus verurteilt worden ist. Waren andere Gerichtsverhandlungen geschlossene Gerichtsverhandlungen? Warum findet dann der Prozess gegen zwei Angehörige der russischen Armee öffentlich statt? Ohne parlamentarische Kontrolle

Die Antworten auf diese Fragen gibt es auch im Komitee für Kontrolle über Strafverfolgungsorgane nicht. „Über die Tätigkeit des SBU wird keine Rechenschaft abgelegt. Wir werden einfach ignoriert“, sagt stellvertretender Leiter des Komitees, einer der führenden Mitglieder der Partei „Ukrop“. Er meint, der SBU verdreht die Zahlen, und glaubt nicht, dass alle Festgenommenen Terroristen sind. Sehr oft seien die Mitglieder der Freiwilligenbataillone dieser Verbrechen beschuldigt worden. Es gebe dann keine öffentlichen Prozesse, weil man Aussagen der Beschuldigten nicht öffentlich machen will.

Auch der Ex-Leiter des Auslandsnachrichtendienstes der Ukraine zweifelt an den Zahlen und Fakten des SBU. „Sehr oft werden Menschen festgenommen, die einfach andere Meinung haben. Dann wirft man ihnen vor, sie wollten etwas in die Luft sprengen oder die Bürger der Ukraine für den russischen Nachrichtendienst rekrutieren. Das ist oft Quatsch“, sagt der General Malomusch gegenüber der DW...

Dnr-online.ru: Mitteilungen des Verteidigungsministeriums der DVR (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie hat sich in den letzten 24 Stunden wesentlich verschärft. Der Gegner hat 17 Mal das Territorium der Republik beschossen. Beschossen wurden die Bezirke von Sajzewo, Losowoje, Shabunki, Spartak, das Gebiet des Flughafens der Stadt Donezk. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 150 Granatgeschosse des Kalibers 120 und 82 mm abgeschossen und mehr als 170 Schüsse mit Abwehrgeschützen, Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen abgegeben, darunter erfolgten 50 Schüsse auf das Gebiet des Flughafens, dessen Beschuss von Peski und Verwendung von Antipanzergranatwerfern erfolgte.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums wurden aus dem von den ukrainischen Streitkräften in der Pufferzone eingenommenen Ort Wodjanoje die Ortschaften Sachanka, Kominternowo und Leninskoje beschossen. Der Gegner schoss sieben Granatgeschosse auf

Sachanka und 120 Granatgeschosse des Kalibers 82mm auf Kominternowo ab, und schoss auch Salven mit Panzertechnik auf Leninskoje ab.

„Dabei ignorieren die Vertreter der OSZE-Mission hartnäckig die Verschärfung der Situation in Richtung Mariupol, deren Ursache die Beschüsse von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte ist“, heißt es in der Mitteilung.

Die Aufklärung der DVR stellt weiterhin Verschiebungen von Militärtechnik und Personal der ukrainischen Streitkräfte an der Kontaktlinie fest.

„In Richtung Gorlowka im Gebiet von Tarasowka, 27 km von der Kontaktlinie, sind 20 von den Vertretern der OSZE-Mission nicht berücksichtigte Panzer eingetroffen; in Sajzewo, 12 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft von neun Fahrzeugen „Dosa-B“ mit Personal des „Rechten Sektors“, insgesamt 60 Mann zur Verstärkung der nationalistischen Bataillone und der ausländischen Söldner bemerkt.

In Donezker Richtung im Bereich von Maximiljanowka, 9 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft von zwei Artilleriegeschützen, sieben Panzern und sechs Einheiten Panzertechnik bemerkt; in Geogijewka, 7 km von der Kontaktlinie, drei Artilleriegeschütze und zwei Mehrfachraketenwerfersysteme „Grad“; in Marjinka, 1 km von der Kontaktlinie, drei Artilleriegeschütze; in Nowomichajlowka, 5,5 km von der Kontaktlinie, vier Panzer, zwei Einheiten Panzertechnik, zwei Einheiten Ingenieurstechnik, die zu Entminung vorgesehen ist.

In Richtung Mariupol, im Gebiet von Granitnoje, 0,5 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft eines Mehrfachraketenwerfersystems „Grad“, zwei 120mm-Granatwerfern, 13 Fahrzeugen mit Munition und 100 Mann festgestellt; In Winogradnoje und Pionerskoje, 10 km von der Kontaktlinie, zehn Panzer; in Mariupol, 24 km von der Kontaktlinie, 18 152mm-Haubitzen „Giazint“. Nach Angaben des OSZE-Berichts vom 19. Januar 2016 fehlten an den Abzugsorten für verbotene Technik der ukrainischen Streitkräfte drei Panzer, sechs 82mm-Granatwerfer und sechs 10mm-Antipanzergeschütze „Rapira“. Auf diese Weise verschärft die ukrainische Seite weiterhin die Lage, indem sie von den Minsker Vereinbarungen verbotene Militärtechnik konzentriert und provokative Beschüsse auf das Territorium der DVR durchführt“, heißt es in der Mitteilung des Verteidigungsministeriums.

Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR stellt weiterhin ein Anwachsen der Krankheitsrate unter den ukrainischen Soldaten fest, die von den Frontpositionen in Militärkrankenhäuser der Städte Charkow und Dnjepropetrowsk eingeliefert werden.

„Allein in den letzten zwei Tagen wurden mehr als 60 Soldaten registriert, die dringend medizinische Hilfe benötigten. Dabei verbirgt das Kommando der ukrainischen Streitkräfte sorgfältig die wirklichen Daten über den Krankenstand in den Truppenteilen. Dies ist nicht verwunderlich, wenn die Soldaten keinerlei Bedingungen vorfinden, um Dienst zu tun, wie dieser der Gouverneur des Oblast Odessa Michail Saakaschwili bestätigte.

Außerdem wurden Fälle der Einlieferung in das Dnjepropetrowsker Krankenhaus von 26 schwer verletzten Soldaten registriert. Nach vorliegenden Daten wurden die Kämpfer aus den Ortschaften in Mariupoler Richtung gebracht. Nach unseren Informationen ist in Schirokino ein weiteres Gefecht zwischen nationalistischen Bataillonen und Abteilung der Marineinfanterie der ukrainischen Streitkräfte erfolgt, in dessen Folge es auf beiden Seiten Verletzte gibt. Ursache der Auseinandersetzung ist wahrscheinlich der Unwille der Kämpfer der Marineinfanterie, an den Beschüssen von Ortschaften der DVR teilzunehmen, die die Nationalisten aus der Pufferzone heraus durchführen“, heißt es in der Mitteilung.

De.sputniknews.com: Russland hat die Entwicklung von Technologien, die unseren Planeten vor gefährlichen Asteroiden schützen sollen, aus seinem nationalen Raumfahrtprogramm gestrichen.

Wie die Raumfahrtbehörde Roskosmos mitteilte, sollten für diese Zwecke 1,75 Milliarden Rubel (umgerechnet rund 22 Millionen Euro) zur Verfügung gestellt werden. Doch das Land hat seine Ausgaben für die Raumfahrtprojekte in den nächsten zehn Jahren von zwei Billionen Rubel (umgerechnet rund 25 Milliarden Euro) auf nur 1,4 Billionen (rund 17,5 Milliarden Euro) reduziert.

Die Internationale Wissenschaftsgemeinschaft hatte den russischen Spezialisten zuvor vorgeschlagen, eine Technologie zum Schutz der Erde vor totbringenden Himmelskörpern zu erarbeiten. Es sollte dabei voraussichtlich um eine Atomdetonation gehen, die einen kosmischen Brocken aus seiner Bahn schubsen sollte, so dass er die Erde verfehlt.

Ukrinform.ua: Der Premierminister der Ukraine, Arsenij Jazenjuk, plant, nach der Rückkehr aus Davos der ukrainischen Delegation die Beratung für die Erörterung der finanziellen Wechselkursstabilität unter Beteiligung des Präsidenten, der Finanzministerin, der Chefin der Nationalbank (NBU) und der Leiter des gesamten Wirtschaftsblocks durchzuführen. Das kündigte in der Sitzung des Ministerkabinetts der Premierminister der Ukraine, Arsenij Jazenjuk, an, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

Ihm zufolge sollen die Finanzministerin, Chefin der Nationalbank (NBU) und die Leiter des gesamten Wirtschaftsblocks den Präsidenten informieren, welche Schritte man weiter unternehmen muss.

Die Frage der Fortführung der Zusammenarbeit der Ukraine mit dem IWF sei laut Jazenjuk ein solcher Schritt.

„Der IWF ist jene Institution, die beurteilt, ob es Reformen gibt, oder nicht. Das Geld geben sie nur dann, wenn es Reformen gibt, und deshalb muss man sie weiter durchführen“, betonte der ukrainische Premierminister.

Die Partei „Batkiwschtschyna“ fordert ihrerseits eine sofortige Berichterstattung der NBU-Chefin, Waleria Hontarewa, über die Ursachen für den schnellen Kursabschwung von Hrywnja (UAH) und ihre Vorschläge für einen Ausweg aus dieser Situation.

„Wenn die Nationalbank in kürzester Frist die Maßnahmen zur Stärkung von Hrywnja nicht ergreift und über die Situation einen Bericht nicht erstattet, wird Batkiwschtschyna vom Präsidenten den Rücktritt der NBU-Vorsitzenden fordern“, sagte die Fraktionsvorsitzende Julia Timoschenko.

De.sputniknews.com: Russischer Delegationsschef: Nichtteilnahme an PACE ist kein Bruch mit Europarat

Die Aussetzung der Teilnahme Russlands an der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) bedeutet gar keinen völligen Abbruch der Kontakte mit dem Europarat, wie der Chef der russischen Delegation und Duma-Außenpolitiker Alexej Puschkow gegenüber Journalisten sagte.

Puschkow erinnerte daran, dass Russland nach wie vor im Ministerausschuss des Europarates auf Botschafterebene vertreten sei. Auch die russische Mission in Straßburg funktioniere weiter.

„Ich bin sicher, dass Russlands Außenminister den entsprechenden Veranstaltungen des Europarates, wie er es 2015 getan hat, beiwohnen wird“, so der Parlamentarier.

„Wir setzen unsere Arbeit am Europäischen Menschenrechtsgericht weiter fort. Es handelt sich nur um eine zeitweilige Einstellung unserer Tätigkeit in der PACE, weil die PACE nicht bereit ist, die Sanktionen gegen die russische Delegation aufzuheben“, so Puschkow.

Am Vortag hatte die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung, Anne Brasseur, mitgeteilt, dass Russland bis Ende 2016 von der Teilnahme an der Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats ausgeschlossen bleibe.

Dieser Entschluss hänge damit zusammen, so Brasseur, dass die russische Delegation sich geweigert habe, an der Wintertagung teilzunehmen.

Zuvor hatte der Staatsduma-Chef Sergej Naryschkin mitgeteilt, dass die russische Delegation die Entscheidung selbst getroffen habe, sich vorerst nicht an Tagungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zu beteiligen.

Russland hat mehrmals erklärt, eine Rückkehr in die PACE sei nur nach Aufhebung aller Sanktionen gegen die russische Delegation möglich.

Dan-news.info: Die Energietechniker der DVR haben die Stromversorgung des frontnahen Orts Krasnyj Partisan, der im Jasinowataja-Bezirk nördlich der Hauptstadt der DVR liegt, wieder in Betrieb genommen.

„Gestern, am 19. Januar um 17 Uhr haben die Einwohner von Krasnyj Partisan, Jasinowataja-Bezirk der DVR das erste Mal seit 12 Tagen wieder Strom in ihren Häusern. Die Ortschaft war in der Folge von Beschüssen durch die ukrainischen Truppen schon am 7. Januar 2016 vom Strom abgeschnitten, durch Granatsplitter wurde eine 35 kW-Leitung beschädigt“, heißt es im Pressedienst.

Eine operative Reparatur der Stromversorgung der Ortschaft war nicht gelungen, weil der Schaden in der sogenannten „grauen“ Zone lag. In Zusammenhang damit zog das Ministerium Rettungskräfte heran, aber wegen der schwierigen Wetterbedingungen zog sich die Reparatur der Stromversorgung hin.

„Die Stromfeiler sind von einer meterhohen Schneedecke umgeben, deshalb war eine sorgfältige Entminung dazu noch bei ständiger „Aufsicht“ durch ukrainische Scharfschützen einfach nicht möglich. Die Reparaturarbeiten haben die Energietechniker der Republik auf eigenes Risiko durchgeführt, zum Glück verlief es ohne Unfälle“, heißt es beim Pressedienst. Wir erinnern daran, dass die Ortschaft Krasnyj Partisan im Jasinowataja-Bezirk der DVR sich in unmittelbarer Nähe zur Kontaktlinie befindet. Nach letzten Angaben der örtlichen Behörden leben in der Ortschaft etwa 800 Menschen, es gibt einen Kindergarten und eine Schule. Durch das Feuer der ukrainischen Streitkräfte wurden in Krasnyj Partisan etwa 30 Prozent der Wohnhäuser zerstört.

De.sputniknews.com: „Rechter Sektor“ vor Zerfall? Sonderbataillone verweigern Gehorsam
Nach der Abdankung seines Anführers Dmitro Jarosch bröckelt der ukrainische „Rechte Sektor“ ab: Gleich vier bewaffnete Einheiten der Nationalisten-Miliz haben der neuen Führung den Gehorsam verweigert und ihre „Selbständigkeit“ erklärt.

Die so genannten Sonderbataillone „Westen“, „Westen-2“, „Westen-3“ und „Westen-4“ hätten sich abgespalten und seien nun sich selbst überlassen, erklärte das Presseamt des „Rechten Sektors“ nach Angaben der ukrainischen Zeitung „Vesti-ukr“. „Diese Strukturen gehören nicht zum Rechten Sektor“, hieß es. „Sie haben eine eigene Führung und eigenes Personal. Wir tragen für ihre Handlungen keinerlei Verantwortung.“

Der „Rechte Sektor“ war die treibende Kraft hinter dem Umsturz vom Februar 2014, bei dem der frühere Präsident Viktor Janukowitsch entmachtet wurde. Seit dem Machtwechsel unterstützen die Nationalisten die reguläre Armee gegen die Regierungsgegner im Osten der Ukraine. Im Mai 2014 waren die Ultranationalisten am Branddrama in Odessa beteiligt, bei dem Dutzende Regimegegner bei lebendigem Leib verbrannt waren.

In den Folgemonaten ging der „Rechte Sektor“ jedoch immer mehr auf Distanz zur Regierung und drohte Kiew mit einem neuen Aufstand mit noch mehr Blutvergießen. Im vergangenen Juli überfielen schwerbewaffnete Angehörige der Nationalisten-Miliz die Stadt Mukatschewe im Westen der Ukraine und lieferten sich Gefechte mit den dortigen Sicherheitskräften.

Im November war der Begründer und erste Anführer des Rechten Sektors, Dmitri Jarosch (44), zurückgetreten und hatte angekündigt, eine neue, weniger radikalisierte Bewegung ins Leben rufen zu wollen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30304/85/303048515.jpg>

Dan-news.info: Die Energietechniker der DVR haben die Stromversorgung eines großen Teils des Dorfes Weseloje, das in der frontnahen Zone in der Nähe des Donezker Flughafens befindet, wieder in Betrieb genommen. Dies teilte heute der Pressedienst des Kohle- und Energieministeriums der Republik mit.

„Die Ortschaft, die nicht weit vom Donezker Flughafen liegt, hat stark während der Kämpfe um den Flughafen gelitten. Heute ist die Stromversorgung in den Häusern von mehr als der Hälfte der Einwohner, die dauerhaft in der Ortschaft leben, wieder in Betrieb. Die Energietechniker arbeiten aktiv weiter“, heißt es aus dem Ministerium.

Nach Angaben des Ministeriums sind derzeit in der Republik acht Ortschaften ohne Strom.

„Der Stand am Abend des 19. Januar ist, dass auf dem Territorium der DVR 145 Transformatorunterstationen außer Betrieb sind, in der Folge sind etwa 2175 Verbraucher vom Strom abgeschnitten.“

An 100 Transformatorunterstationen werden derzeit Reparaturarbeiten durchgeführt.

De.sputniknews.com: Kiew verschärft Embargo: 70 russische Produkte zusätzlich verboten
Die ukrainische Regierung hat beschlossen, die Liste der für die Einfuhr aus Russland verbotenen Produkte um 70 Warenpositionen zu erweitern, wie der ukrainische Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk am Mittwoch bei einer Kabinettsitzung mitgeteilt hat. In die Embargoliste werden zusätzlich einige Gemüsearten, Soßen und Ketchups, Fisch und Feingebäckwaren aufgenommen. Es ist geplant, dass auch Ukrainer, die die verbotenen Waren ins Land mitbringen, bestraft werden. Die Waren sollen sofort entzogen werden.

„Die ukrainische Regierung hat beschlossen, die Liste der zur Einfuhr aus Russland verbotenen Waren zu erweitern. Es geht um eine zusätzliche Liste aus 70 Warenpositionen. Das ist eine Gegenmaßnahme zu der russischen Wirtschaftsaggression. Wir werden unseren Binnenmarkt weiter verteidigen“, erklärte Jazenjuk.

Das ukrainische Embargo gegen russische Waren gilt seit dem 10. Januar und läuft entweder am 5. August oder nach der Aufhebung des russischen Lebensmittelembargos aus....

Dan-news.info: Der Stab der ATO „lügt schamlos“ und leugnet den Abbruch der

Reparaturarbeiten der Stromleitungen an der Frontlinie bei Gorlowka, die in der Kontaktgruppe vereinbart waren. Dies teilte heute das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Dies ist nicht mehr als Fantasie und ein wenig überzeugender Versuch der ukrainischen Seite, sich vor dem Treffen in Minsk rein zu waschen, es ist eine schamlose Lüge. Der Beschuss und der Abbruch der Arbeiten fanden tatsächlich statt, dies wurde nicht nur von uns, sondern auch von der OSZE festgestellt“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Im OSZE-Bericht für den 18. Januar heißt es, dass der Beschuss etwa gegen Mittag erfolgte. „Nach Abschluss der Arbeiten zur Entminung gegen 11:50 hat die Beobachtermision beobachtet, wie Elektriker die Beschädigungen an der Stromleitung zwischen Majorsk und Sajzewo untersuchten. Zwei spiegelbildliche Patrouillen der OSZE-Mission befanden sich in Kirowo und in Majorsk zur Beobachtung der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung. Gegen 12:22 haben OSZE-Beobachter, die sich am östlichen Rand von Kirowo befanden, zwei Explosionen gehört, die nicht mit der Entminung verbunden waren. Aus Sicherheitsgründen mussten die OSZE-Patrouillen ihre Positionen um 13:33 vor Abschluss der Reparaturarbeiten verlassen“, heißt es in dem Dokument.

Auf Nachfrage von DAN bestätigte die OSZE, dass der Bericht seit dem 18. Januar keinerlei Veränderungen erfahren hat.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass in der Folge des Beschusses der ukrainischen Streitkräfte die Reparaturarbeiten eine Stunde früher als geplant gestoppt wurden. Dabei wurde der Beschuss nach Angaben eines Korrespondenten von DAN, der an diesem Tag vor Ort war, sofort dem Stabquartier des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination bekannt. Heute aber erklärte der Stab der „ATO“ mit Bezug auf „Informationen des Gemeinsamen Zentrums“, dass keinerlei Beschuss stattfand und alle Arbeiten gemäß Plan durchgeführt wurden.

Abends:

Lug-info.com: Ein Journalist des Lugansker Informationszentrums und Korrespondenten von zwei russischen Informationsagenturen waren Zeugen eines Granatbeschusses von Stellungen der Volksmiliz zwischen Krymskoje und Sokolniki.

Ukrainische Soldaten eröffneten das Feuer aus Richtung Krymskoje, während die Journalisten sich mit den Kämpfern der LVR an der Front unterhielten.

Wie der stellvertretende Kommandeur des in dem genannten Gebiet stationierten Bataillons der Volksmiliz Major Andrej Kosyrew sagte, eröffneten die Kiewer Truppen das Feuer unter Anwendung von 82mm-Granatwerfern, insgesamt wurden 10 Granatgeschosse abgeschossen.

Er fügte hinzu, dass dies „schon der zweite Beschuss an diesem Tag ist und provokative Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte praktisch täglich erfolgen“.

„Den Waffenstillstand beachten sie normalerweise im Hinterland und in den Stäben, aber an der Front findet bei ihnen regelmäßig eine Rotation statt – es kommen frische „Kameraden“, die sich als Helden zeigen wollen und dann schießen sie eben“, erklärte Kosyrew.

Er erklärte, dass die Beschüsse häufig dann erfolgen, wenn sich in dem genannten Bereich keine OSZE-Beobachter befinden.

„Die OSZE arbeitet genau nach Plan, der allen vorher bekannt ist. Wenn sie also wissen, dass sie nicht da sind, dann schießen sie frei auf uns und fürchten sich nicht“, erklärte der Major.

Kosyrew unterstrich auch, dass die Kämpfer der Volksmiliz streng das an der Abgrenzungslinie geltende „Regime der Ruhe“ beachten.

„Und wir können ihnen nicht antworten, alles wurde schon letztes Jahr abgezogen. Uns bleiben nur Maschinengewehre“, stellte der stellvertretende Kommandeur der Abteilung fest. Zuvor hatte der stellvertretende Leiter des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko erklärt, dass die Kiewer Truppen die Intensität der Beschüsse des Territoriums der LVR erhöht haben, auch unter Anwendung von schwerer Bewaffnung, die von den Minsker Vereinbarungen verboten ist.

Gefunden auf der Facebook-Seite der Strelkow-Gruppe: "Made in LVR": Lugansker Produkte werden massenhaft mit dem einheimischen Label versehen. Die Lugansker Erzeuger gehen massenhaft zur Kennzeichnung der in der Republik produzierten Waren über. Bisher machte man sich an den Checkpoints darüber lustig, dass der Donbass noch seine Produkte aus der Ukraine einführt. Jetzt tauchen in den Supermärkten "Narodny", "Absolut" und "Parus" Produkte mit dem Stempel "Made in LVR" und "Produziert in der LVR" auf. ...



[https://scontent-fra3-](https://scontent-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xpf1/v/t1.0-9/12418003_491605897693059_6199368432329080770_n.jpg?oh=eb844a1f346fe5a8ee22beeb5966488e&oe=5749B98B)

[1.xx.fbcdn.net/hphotos-xpf1/v/t1.0-9/12418003_491605897693059_6199368432329080770_n.jpg?oh=eb844a1f346fe5a8ee22beeb5966488e&oe=5749B98B](https://scontent-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xpf1/v/t1.0-9/12418003_491605897693059_6199368432329080770_n.jpg?oh=eb844a1f346fe5a8ee22beeb5966488e&oe=5749B98B)



[https://scontent-fra3-](https://scontent-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xpf1/v/t1.0-9/12418003_491605897693059_6199368432329080770_n.jpg?oh=eb844a1f346fe5a8ee22beeb5966488e&oe=5749B98B)

1.xx.fbcdn.net/hphotos-xtf1/v/t1.0-9/12417681_491605887693060_6644343455583076655_n.jpg?oh=cb96baa8f3ec6b9c56bd0fdde015634b&oe=5745DC62

Dan-news.info: Ukrainische bewaffnete Gruppierungen haben heute Abend den Beschuss des Bezirks des Flughafens von Donezk wieder aufgenommen. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.
„Gegen 18:50 haben ukrainische Truppen mit dem Beschuss des Flughafens begonnen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Nach seiner Information wird unter Verwendung von Granatwerfern des Kalibers 82mm geschossen. Informationen über Verletzte gibt es bisher nicht.